

## Aktivismus

### Die Spur der "blutigen Geldscheine"

Ein junges Parteimitglied will den Einfluss von Wirtschaftsvertretern im Vorstand der CDU begrenzen. Doch seine Absichten sind alles andere als klar: Er hat die Unterstützung einer NGO und war noch im Sommer in eine Guerilla-Aktion verwickelt, bei der "blutige Geldscheine" flogen.

Die Sache mit den "blutigen Geldscheinen" war eine typische, linke Guerillaaktion: Im vergangenen Sommer betrat ein Tagungshotel in Berlin. Dort hielt der Wirtschaftsrat der CDU eine Veranstaltung ab: Politiker, Unternehmer und Wissenschaftler waren zum sogenannten Wirtschaftstag gekommen. Sie tauschten sich über eine Agenda für die Zeit nach der Covid-Pandemie aus.

Die Aktivisten hatten Zimmer in dem Hotel gebucht und verschafften sich so Zugang zur ersten Etage. Von dort warfen sie rot eingefärbte Scheine mit dem Aufdruck "Schmiergeld" auf die Teilnehmer, darunter der damalige CDU-Vorsitzende Armin Laschet, der spätere Parteichef Friedrich Merz und FDP-Chef Christian Lindner. Mehrere Medien berichteten; die Botschaft - alle korrupt - saß.

Die Aktion hätte in den Tiefen des Internets verschwinden können, wenn nicht einer der Aktivisten wieder politisch aktiv geworden wäre - ausgerechnet als CDU-Mitglied: Luke Neite, ein 30-jähriger Schauspieler aus Leipzig, will weiter gegen den Einfluss des Wirtschaftsrates in der CDU vorgehen. Unterstützt wird er von der Nichtregierungsorganisation Lobbycontrol. Diese hat den Verein schon lange im Fokus.

#### **Wirtschaftsrat der CDU ist keine Parteiorganisation**

Der Wirtschaftsrat der CDU hat rund 12.000 Mitglieder und versteht sich als "Stimme der Sozialen Marktwirtschaft". Seit seiner Gründung 1963 führt der Verein den Zusatz CDU mit Duldung der Partei im Namen, ist anders als die Junge Union oder die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) aber keine Vereinigung oder Sonderorganisation der Partei. Dennoch nimmt der Vereinspräsident als "ständiger Gast" an den Sitzungen des

CDU-Vorstandes teil und hat dort Rederecht. Ein von Lobbycontrol in Auftrag gegebenes und vor zwei Wochen veröffentlichtes Gutachten sieht darin einen Verstoß gegen das Parteiengesetz und die Satzung der CDU. Anders als der Name vermuten lasse, sei der Wirtschaftsrat keine Parteigliederung, sondern ein "als Berufsverband organisierter Lobbyverband", heißt es in dem Gutachten der Hamburger Rechtsanwältin Roda Verheyen. Gemäß Grundgesetz müsse die innere Ordnung von Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen. Dies sei nicht der Fall, argumentiert Verheyen, weil Vereinspräsidentin Astrid Hamker nicht von einem Parteitag gewählt worden sei. Auch das CDU-Statut, das die Mitgliedschaft von CDU-Ministerpräsidenten und den Vorsitzenden der Parteivereinigungen im Bundesvorstand regelt, sehe ihre Teilnahme nicht vor. Die Juristin ist der Auffassung, dass das Gastrecht für den Verein als eine Kooption zu sehen sei, die das Parteiengesetz nicht erlaube. "Punktueller Einladungen von sachverständigen Gästen zu Teilen von Vorstandssitzungen" seien zulässig, eine "dauerhafte Teilnahme und Rederecht" hingegen nicht, heißt es in dem Gutachten.

Die Frage nach der Rolle des Wirtschaftsrates innerhalb der CDU ist auch deshalb relevant, weil der Verein eine Machtbasis des neuen Parteivorsitzenden Friedrich Merz ist. Merz war von Juni 2019 bis vergangenen November Vizepräsident des Vereins. Hamker, eine Osnabrücker Unternehmerin, steht seit 2019 an der Spitze des Wirtschaftsrates. Der Wirtschaftsrat weist die Vorwürfe von Lobbycontrol zurück. Der Verein äußere sich regelmäßig offen zu wichtigen markt- und industriepolitischen Fragen, wie dies auch viele NGOs

und Gewerkschaften täten, sagt Generalsekretär Wolfgang Steiger auf WELT-Anfrage. "Unsere Präsidentin spricht als Gast im CDU-Bundesvorstand gelegentlich zu wirtschaftspolitischen Themen. Dies als unzulässiges 'Lobbying' zu brandmarken, offenbart ein zweifelhaftes Demokratieverständnis", sagt Steiger. "Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Ironie, dass diese absurden Vorwürfe ausgerechnet von einer einseitig linken Lobbyorganisation erhoben werden." Lobbycontrol ist nach Veröffentlichung des Gutachtens in den Angriffsmodus gegangen. Christina Deckwirth, Hauptstadtrepräsentantin der NGO, wandte sich in einem offenen Brief an alle CDU-Mitglieder. "Die rechtswidrige Zusammensetzung stellt die demokratische Legitimität des Vorstands der Partei, seiner Beschlüsse und damit der gesamten Partei in Frage", schrieb sie. Der Brief soll CDU-Mitglieder motivieren, die Parteispitze zur Beendigung des "rechtswidrigen Zustandes" aufzufordern und sogar vor das CDU-Parteigericht zu ziehen. **Neite trat im August ein und wollte "machen statt meckern"**

Wenige Tage später verkündete Lobbycontrol, mit Luke Neite ein CDU-Mitglied überzeugt zu haben, zunächst Akteneinsicht beim Bundesvorstand zu beantragen und dann möglicherweise vor einem Parteigericht zu klagen. Neite war nach eigener Aussage im August in die CDU eingetreten. "Ich habe mich nach langem Frust über das Pandemiemanagement der Großen Koalition schließlich dazu entschieden, zu machen statt zu meckern", sagt der Schauspieler auf WELT-Anfrage.

Die CDU stehe für Stabilität und Sicherheit. "Allerdings fehlt es in der Partei an jungen Stimmen, weshalb die Partei in meinen Augen in alten Mustern und Inhalten festhängt", sagt

Neite weiter. "Die allzu große Nähe zur Wirtschaft gehört für mich zu diesen Altlasten und hat uns im letzten Jahr die Wahl gekostet, weil viele Menschen angesichts der Korruptionsskandale das Vertrauen verloren haben." Ein Ausschluss des Wirtschaftsrates sieht Neite als ein Gewinn für die parteiinterne Demokratie. Welche Absichten verfolgt Neite? Im Sommer war er Teil jener Guerillatruppe, die die CDU und den Wirtschaftsrat angriff - die Sache mit den Geldscheinen. Das zeigen Fotos, die WELT vorliegen. Während der Aktion am 31. August nahm Neite seine FFP2-Maske ab, sodass er auf den Aufnahmen eindeutig zu erkennen ist. Neite bestätigt seine Teilnahme auch auf WELT-Anfrage. "Ich halte es für unproblematisch, in einer Partei zu sein und mich gleichzeitig an einer politischen Kunstaktion zu beteiligen, die Kritik an dieser Partei übt", sagt er.

Hinter der Störung steckte der selbsternannte "Zukunftsrat der CDU", ein angeblicher Zusammenschluss junger Parteimitglieder, der sich im Juli gegründet hatte, um sich für Generationengerechtigkeit und Klimaschutz einzusetzen. Medien wie der "Spiegel" und der SWR saßen der Falschmeldung auf und berichteten über den Zusammenschluss. Die CDU wusste von dem "Zukunftsrat" aber gar nichts.

Bundesgeschäftsführer Stefan Hennewig sprach später von einem "Deepfake" - ein Begriff, der sich eigentlich auf manipulierte Tonaufzeichnungen oder Videos bezieht.

Die Botschaft der Aktivisten ist die, die auch Lobbycontrol verbreitet: "Hinter diesen Türen haben Cheflobbyist\*innen einen privilegierten Zugang zu Spitzenpolitikern", sagte Rosa Schneider, Sprecherin des "Zukunftsrats", in einem Video über die Aktion. "Wir fordern die CDU erneut auf: Schließen Sie den Wirtschaftsrat sofort aus Ihrem Parteivorstand aus." In dem Video gendert sie - schon das kann als Hinweis auf eine eher linke Einstellung gewertet werden.

Mit Neite geht nun ein Mitglied der Aktivistentruppe mit Unterstützung von Lobbycontrol gegen den Wirtschaftsrat vor. Der Leipziger hat die Partei um Auskunft gebeten und hält es für wahrscheinlich, auch gegen den Gaststatus des Wirtschaftsrates zu klagen. Lobbycontrol hat dafür den Kontakt zu einer Kanzlei hergestellt, die Neite berät, und erwägt auch eine Übernahme der Anwaltskosten.

"Der Zukunftsrat hat versucht, mit Kunst und Satire auf einen Missstand aufmerksam zu machen", sagt Neite.

"Ich versuche nun, dies über den Rechtsweg zu verändern - darin sehe ich keinen Widerspruch."

Der Wirtschaftsrat vermutet eine or-

chestrierte Kampagne hinter dem Gutachten, dem offenen Brief und der Klagedrohung. "Es macht stutzig, wie rasch Lobbycontrol ein passendes CDU-Mitglied für die neueste Kampagne gegen den Wirtschaftsrat aus dem Hut gezaubert hat", sagt Generalsekretär Steiger. Er fordert Lobbycontrol auf, zu erklären, wie eine Person, die bereits an einer Störaktion gegen den Wirtschaftsrat teilgenommen hat, als gewöhnliches CDU-Mitglied vorgestellt werden kann. "Andernfalls stünde der Verdacht einer Täuschung der Öffentlichkeit im Raum", sagt Steiger.

Lobbycontrol erklärt auf WELT-Anfrage, Neites Beteiligung beim "Zukunftsrat" sei nicht erwähnt worden, weil in der Sache nur relevant sei, dass er CDU-Mitglied ist. Generell halte man Kunstaktionen für ein legitimes Mittel der freien Meinungsäußerung, sie gehörten aber nicht zum Teil des "Aktionsrepertoires" von Lobbycontrol.

Die CDU wollte das Gutachten und die Klagedrohung von Lobbycontrol und Neite auf WELT-Anfrage nicht bewerten. Stattdessen werden die Fakten sprechen: Der neue CDU-Bundesvorstand wird demnächst entscheiden, ob der Wirtschaftsrat für zwei weitere Jahre "ständiger Gast" sein darf.

Sebastian Beug

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article236473163/Lobbycontrol-unterstuetzt-Aktivist-bei-Klage-gegen-Wirtschaftsrat-der-CDU.html>